

18.07.95

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahressteuergesetz 1996

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 18. Juli 1995

031(43) - 522 00 - Ste 205/95

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsaus-
schusses des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am
2. Juni 1995 verabschiedeten

Jahressteuergesetz 1996

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des
Grundgesetzes einberufen wird.

Dr. Helmut Kohl

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsaus-
schusses am 18. Juli 1995 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 430/95 (Beschluß)